

Groß-Berlin: Freitag, 18. März: Bezirks-Mitgliederversammlungen

Thema: Die achte Reichskonferenz (Material siehe „Kampfruf“ Nr. 8, 9, 10 und 11)

gliedschaft von 8 bis 9 Tausend paradiert wird, während in Wirklichkeit nur 1.200 bis 1.500 vorhanden sind.

Eine Organisation kann klein sein, aber ehrlich muß sie sein. Wo dieses Täuschungsmanöver? Man will den großen Organisations-Apparat erhalten, der für die kleine Mitgliederzahl nicht tragbar ist, denn im Berliner Büro sind täglich 4 männliche und 2 weibliche Angestellte, wovon die männlichen bis 100 Mk. wöchentlich von der Organisation beziehen, so daß nur der kleinste Teil der Beiträge für eigentliche Kampfzwecke in Frage kommt. Darum fordert man auch von den Arbeitslosen eine Beitragsleistung.

Diese wahrheitswidrige Einstellung der Organisationsleitung zieht natürlich andere Korruption nach sich. Mitte Oktober 1926 tauchten in den Mitgliedsbüchern falsche Beitragsmarken auf, welche in den verschiedenen Zahlstellen geklebt wurden. Die Hilfskassiererin Wally Kleber forschte nach und ermittelte, daß der Verbreiter dieser falschen Beitragsmarken der 2. Bevollmächtigte Franz Müller ist. — Die falschen Marken stammen von einem Neudruck, welcher am 2. Oktober dem Reichs-Revisor Kokoschke von der Druckerei zuzuschicken war, die aber Kokoschke noch nicht veranlagt wurde. Müller kann sich die Marken nur rechtswidrig durch Angestellte der Druckerei beschaffen haben, mit denen er des öfteren in feindschändlicher Kneiperlei zusammen war. Um seinen Freund Müller zu decken, verbreitete Weyer eine Untersuchungskommission gegenüber das Märchen, daß Müller diese Marken von dem verstorbenen Kassierer Gabriel hatte, trotzdem durch einwandfreie Zeugen festgestellt ist, daß solche von Müller rechtswidrig vertriebene Beitragsmarken noch nie an die Mitglieder verteilt wurden. Sie sind sehr leicht zu erkennen, da sie einen anderen Ausdruck aufwiesen als die bisherigen. Zur Verdeckung des Betruges ist sogar der Berliner Beitragsstempel mißbraucht worden. Mit der Verleumdung eines Toten, der sich gegen Verdächtigungen nicht mehr wehren kann, begibt Weyer und Müller eine Handlung, die im Volksmunde als **Leichenschändung** bezeichnet wird.

Die ganze Untersuchung war ja auch nur eine Komödie, denn diejenigen, die Klarheit schaffen wollen, will man durch den Anschluß an der Organisation mundtot machen. Als die ersten sollen fallen: Kroneberg und Frau Walli Blochmann (Kleber), weil sie Unterschlagung als Unterschlagung und Beitrag als Beitrag bezeichnen. Die beiden weiblichen Angestellten, welche die Markenschiebung Müllers aufdeckten, gaben ihre Stellung auf und zogen das bittere Los der Arbeitslosigkeit vor, weil sie es nicht mit ansehen konnten, wie mit Arbeitern Schändliches geschehen wurde.

So sieht das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder im Deutschen Industrie-Verband aus. Zur Charakterisierung der Führer des DIV, ein paar Beispiele:

1. Als im Sommer 1925 in der Berliner Metall-Industrie eine heftige Konfliktwelle herrschte, beantragte Weyer bei der Berliner Ortsleitung für sich und die anderen männlichen Angestellten eine Erhöhung des Wochenlohnes von 70 auf 85 Mk. mit der Begründung der **guten finanziellen Lage der Organisation**. Daß sie ein Nebensachen noch zirka 25 Mk. wöchentlich bezogen, wurde der Ortsleitung verschwiegen. **Einen Monat später**, als in mehreren Betrieben und in Brandenburg (Havel) Streikende zu unterstützen waren, beantragte Weyer die Streik-Unterstützung **um 20 Prozent zu kürzen**, da die derzeitigen Sätze als Streikunterstützung für die Organisation nicht tragbar sei. Erst als ihm von Kroneberg, Mitglied der Ortsleitung, entgegen gehalten wurde, daß dann die Streikunterstützung geringer sei als die Erwerbslosenunterstützung, zog Weyer seinen Antrag zurück. **Also für die Angestellten erhöhten Lohn für Streikende weniger Unterstützung.**

2. Als im I. Vierteljahr 1926 die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sich auch in der Organisation ausweitete, wurde in der Ortsleitungs-Sitzung vom 22. Februar 1926 über die Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen innerhalb der Organisation gesprochen. U. a. schlug Kroneberg vor, die Angestellten sollten mit ihren Lohnbeiträgen etwas zurück geben, da doch die Kurzarbeiter, die oft nicht mehr als 20 Mk. verdienen, ihre Beiträge selbst von dem Gehirnen zögen.

Darauf erklärte Weyer ganz entrüstet: Er habe sich von seinen Arbeitern noch nie einen Pfennig vom Lohn kürzen lassen, und werde sich auch von der Organisation nicht seinen Lohn kürzen lassen.

Als ihm von Kroneberg entgegen gehalten wurde, daß der DIV doch kein kapitalistisches Unternehmen, sondern eine Organisation auf gegenseitiger Solidarität sei, erwiderte Weyer, daß ja sein Gehalt nicht von der Ortsleitung Berlin, sondern von der Reichsleitung festgesetzt werde, und er hat es verstanden, daß er noch eine Zulage von 5 Mk. pro Woche erhalte, während die anderen ihre Pflichtbeiträge zu den Versicherungskassen selbst bezahlen mußten.

3. Auf dem Reichskongreß zu Ostern 1926 in Leipzig beantragte Weyer, daß sein Lohn in der Woche mit 54 Stunden und 10 Prozent des Facharbeiterlohnes berechnet werden solle. Als ihm Kroneberg zurief: Er solle sich schämen, solche Anträge zu stellen, wo der Kongreß sich für die 48-Stunden-woche einsetzt, änderte Weyer seinen Antrag auf 48 Stunden **plus 20 Prozent** um, so daß er finanziell auf das Gleiche herauskommt.

4. Im Herbst 1926 beantragte Weyer bei der Reichsleitung, daß die Organisation die Prämie für seine auf 10.000 Mk. lautende Lebens-Versicherung tragen solle, da er und seine Familie für evtl. Fälle sicher gestellt sein wolle. Dies war für die Reichsleitung zu stark. Er gab auf und Antrag des Kollegen Lamp wurde dieses Ansinnen abgelehnt.

5. Daß Weyer das Stimm- und Beschlüssen außer Kraft setzt, wenn es ihm beliebt, beweist folgendes: Den Ausschluß soll ein Schiedsgericht voranschicken, welches aus zwei Beisitzern aus einem von der Ortsleitung gestellten unparteiischen Vorsitzenden besteht. Auf Antrag Weyer stellt die Ortsleitung selbst Ausschluß-Anträge, **bestimmt den Vorsitzenden und zugleich ihre zwei Beisitzer**, so daß das Schiedsgericht von vornherein **parteilich** zusammengesetzt ist. So geschah gegen Kroneberg und Walli Kleber.

Einsprechend gegen den Entscheid solcher Schiedsgerichte sind in der Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe zulässig. (S. 8 des Statuts). Weyer aber organisiert **Vergewaltigungs-zellen**, damit solche Einsprüche verhindert werden, denn die Mitglieder könnten sonst die Wahrheit erfahren. An der am Freitag, den 4. März 1927 in der Sophienstraße tagenden Vergewaltigungszelle waren beteiligt Mitglieder der Reichs- und Ortsleitung.

Zellenbildung ist laut Beschluß des Reichskongresses verboten und zieht den Ausschluß nach sich. Wenn die Angehörigen von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch machen wollen, so droht Weyer, daß sie dann von seiner Kneiperlei verprügelt werden. Und dies alles nennt der politische Freiheitskämpfer **antiquarisches Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder**, laut § 11 des Statuts.

Die Beispiele ließen sich noch vermehren, aber sie zeigen zur Genüge, was Geistes Kind die Leitlinie des DIV, in Händen hat. Daß Weyer für das Bank-Guthaben der Organisation als Alleinbevollmächtigter zeichnet, hält selbst der Kontroll-ausschuß für in Ordnung. Sie zeigt den geistigen Tiefstand

des Kontrollorgans, wenn es zu solchen Dingen ja und Amen sagt.

An Euch ihr Arbeiter in den Betrieben, die ihr vertrauensvoll Eure Beiträge zahlt, wenden wir uns, damit ihr erkennt, wie Euer Vertrauen getäuscht wird. Diese Pflicht in die Öffentlichkeit ist die Antwort, weil man uns hindert da zu sprechen, wo es im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Für jede der vorgebrachten Anschuldigungen übernehme ich die zurechnliche Verantwortung und Beweisführung.

Die Arbeiterschaft ist aber hiermit gewarnt. Die Arbeiter-Presse wird um Abdruck gebeten.

Der Arbeitsmarkt Die Arbeitslosigkeit im Reich.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt in der zweiten Februarhälfte einen weiteren Rückgang um rund 65.000, das sind 3,7 Prozent. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 15. Februar bis zum 1. März 1927 von 1.509.000 auf 1.458.000 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 252.000 auf 238.000, die Gesamtzahl von 1.257.000 auf 1.196.000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich von 2.034.000 auf 1.983.000 verringert. Ueber die Krisenunterstützten liegt eine neuere Zahl nicht vor, da diese nur in der Mitte jedes Monats festgesetzt wird. Nach einer Prüfung des Reichsarbeitsministers Braum im Reichstagsbericht die Ziffer der durch die Krisenfürsorge Unterstützten über 200.000.

Das ist ein verheerendes Bild der Ziffern der Unterstützten. Nach der Praxis der „Fürsorge“ zu urteilen, wird es im Reich mindestens 2 Millionen arbeitslose Industriearbeiter geben. Rechnet man noch die arbeitsfähigen, aber arbeitslosen Kriegskriegsangehörigen und die arbeitslosen Landarbeiter, welche beide Kategorien von der Erwerbslosenfürsorge nicht registriert werden, so kann heute mit einem Arbeitslosenheer von reichlich 3 Millionen gerechnet werden. Das bedeutet, mit Familienangehörigen in die arbeitslosen Landarbeiter, zusammen mit den überhaup nicht registrierten Alters- und Kriegskriegsrentnern resp. von der „Wohlfahrt“ Unterstützten und der überhaup nicht Unterstützten ein Heer von mindestens 10 Millionen hungernen Menschen. Der vierte Teil der Arbeiterklasse auf dem Straßenpflaster, das ist der Segen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften zerstört. Demokratische Republik oder wie das auch genannt wird, die beginnende Kontinuität.

Sinkende Arbeitslosigkeit in Berlin.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt tritt in der Berichtswoche eine Verminderung der Zahl der Arbeitssuchenden um rund 2000 Personen hervor, so daß deren Gesamtzahl zur Zeit 206.163 beträgt. Die durch die Witterungsverhältnisse bedingte Wiederaufnahme von Aulden- und Bauarbeiten hat zu dieser Entwicklung beigetragen; auch die Landwirtschaft setzt mit einem stärkeren Abzug von Arbeitskräften ein. In der Hauptsache entfällt der Rückgang der Erwerbslosigkeit mit rund 5000 Personen auf Facharbeiter und Angestellte. Die Metallindustrie ist hieran allein mit etwa 1000 Personen beteiligt, wogegen das Holz- und Schiffsbauwesen 274 mit einer geringen Rückgang der Erwerbslosenziffer aufweist. Gut beschäftigt ist dagegen das Konfektionsgewerbe. Die jenseitige Absenkung des Arbeitsmarktes für Handwerker und Kunsthandwerker stellt, die seit einigen Monaten eingesetzt hat, hält in mittelmäßigem Tempo an.

Es waren 266 183 Personen bei der Arbeitsnachweise des Landesamtes in Berlin eingetragen, gegen 274 844 in der Vorwoche. Darunter befanden sich 180 381 (66,63) männliche und 85 802 (87 810) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 117 783 (120 555) männliche und 46 339 (49 388) weibliche insgesamt 162 122 (169 943) Personen. Ferner wurden noch 38 422 (38 226) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 29 568 (28 515) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Nichtsandsarbeiten wurden 81 27 (68 28) Personen beschäftigt. Die Produktion der gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesen betrug 49 492 St. der Vorwoche.

Aus der Bewegung AAU und Entschiedene Linke

(Zur kommenden Reichskonferenz)

Die 8. Reichskonferenz der Union fällt in einen wichtigen Abschnitt der Geschichte der revolutionären Betriebsorganisationen. Die von den Moskauer Internationalen errichtete Mauer der Isolierung, die jahrelang den politischen Wirkungskreis der AAU- und KAP, stark begrenzte, ist seit Monaten an vielen Stellen durchbrochen. Die Produktion der KAP-Opportunisten und Entschiedene Linke sind aus der Hypothese des blinden Glaubens an die Unfehlbarkeit der Leninistenpaßwort-revolutionären Selbstgenügen erwacht und sind trotz aller Verleumdungen der EKS-Beamten in Tatkraft mit uns getreten. Die Erkenntnis, daß die proletarische Revolution nur siegen kann, wenn außer dem sozialdemokratischen auch der leninistische Baum geerntet ist, hat die EL-Genossen an die Seite der KAP und AAU, zerrissen. Und auf dem Wege der Klärung sind die Proletarier der EL über den Anfang hinausgekommen, haben in der Gewerkschaftsfrage eine klare, unbedingte, unerschütterliche Position. Die Frage der Union in Einzelheiten bereits positiv beantwortet.

Angesichts der Tatsache, daß neue Proletariertrupps in Kampfstellung zur Einheitsfront-Moskau-Armee stehen, muß die Mitgliedschaft der AAU die historische Aufgabe erkennen, die sie gegenüber der Entschiedenen Linken zu erfüllen hat. Die Erfahrung mit der Katz-Opportunisten beweist, daß die Idee der „politisch-irreführenden Einheitsfrontsystematik“ abtötet, weil sie der Nahdröhen für das Unkraut der sektiererischen Spielerei ist. Damit der Klärungsprozess der EL die Gefahren solcher politischen Verirrung überwindet, muß besonders die AAU, auf dem Posten sein. Wir müssen allen Ernstes um die Seelen der EL-Arbeiter ringen, wenn letztere auf dem stürmischen Meere des Klassenkampfes nicht schiffbrüchig werden sollen.

Für den Kampf um die Gewinnung der EL-Proletarier kann nur der Grundsatz gelten: nicht überreden, sondern überzeugen von der Notwendigkeit der Organisierung in der Union. Das Überzeugen hat jedoch zur Voraussetzung die der Gedanke der AAU, nicht in abstrakter Form vertreten wird, sondern in lebendiger Verbindung mit den bisherigen Ergebnissen des Klärungsprozesses der EL, sowie mit den täglichen Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes. D. h. einmal: die Diskussion mit der EL über die Frage der Union muß um nicht in der blauen Luft zu schweben, anknüpfen an die Stellung, welche die Zentralausschuß-Sitzung

der EL zur Gewerkschaftsfrage eingenommen hat (siehe „Kampfruf“ Nr. 3). Diese ZA-Sitzung hat anerkannt, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung in der Periode des imperialistischen Kapitalismus gegenüber dem als Klasse im Weltmaßstab auf breiterer Grundlage und in höchster Konzentration zusammenschlossenen Weltkapital um einen neuen Inhalt und um neue Formen des Kampfes ringen muß; daß eine Eroberung und Revolutionierung der Gewerkschaften so möglich ist, daß deshalb „die Gewerkschaften zu bekämpfen und so schnell wie möglich mit allen Mitteln zu zerschlagen sind“ und „an ihre Stelle die Organe der Klasse im Betrieb und auf der Stammebene mit einem revolutionären Inhalt“ aufzulegen der Berufsorganisation nicht fähig ist; die Kampfkraft gegen die Berufsorganisation nicht fähig ist; die Kampfkraft gegen die Berufsorganisation nicht fähig ist; die Kampfkraft gegen die Berufsorganisation nicht fähig ist.

Karl Kroneberg, Ratiborstr. 6

Die Zentralausschuß-Erklärungen sind der spritzende Punkt, den wir ins Auge fassen müssen. Unter Hinweis auf diese eigene Resolution mit den EL-Genossen in der Diskussion über die Union die Frage vorzulegen, wie sie die Erkenntnis von der Notwendigkeit des neuen Inhalts und der neuen Form des proletarischen Betriebskampfes in politische Praxis verwandeln wollen ist von diesem Punkt auszugehen. Die Diskussion wird den EL-Proletariern unschwer zum Bewußtsein bringen, daß die Organe der Arbeiterklasse mit einem revolutionären Inhalt nicht erst von Grund auf geschaffen werden brauchen, sondern in der Union bereits vorhanden sind. Die AAU hat die Aufgabe, daß also der Schritt zur AAU nur die praktische Konsequenz der programmatischen Erklärung der EL zur Gewerkschaftsfrage ist.

Andersart darf aber nicht vergessen werden, daß die Aspektskraft der AAU, desto stärker ist je lebendiger die Existenzbedingung unserer revolutionären Klassenorganisation ist. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß wir der Moskauer Parole „Massen um jeden Preis“ Konzessionen machen sollen. Aber ohne ein Joz' unserer Grundsätze aufzugeben, darf die Union mit ihrer Taktik nicht auf politischer Basis basieren und aus atomistischer Scheu vor einer Berührung mit dem riesen Proletariat in politische Klostereinsamkeit fliehen. Mit anderen Worten: das politische Verhalten der AAU, zu den Lohn- und Arbeitsbewegungen der Arbeiterklasse, muß sich nicht im Kontrast mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit stellen. Da die wirtschaftlichen Konflikte zöhen Stils in der heutigen Rationalisierungsphase des imperialistischen Kapitalismus ein Fahrwasser treiben, muß die Union alle Kräfte ansammeln, um diese Massenkräfte der Orgeschewerkschaften zu erschließen und sie auf die Bahn des revolutionären Machtkampfes zu stellen. Nur durch dieses praktische Eingreifen in die gesellschaftlichen Konflikte wird die AAU, ohne dabei neue Illusionen zu zeichnen, ihre Existenz als eine Lebensnotwendigkeit für die soziale Revolution vorzudemonstrieren und so im Proletariat die Kräfte zu wecken, die für den entscheidenden Schlag gegen die kapitalistische Gesellschaft, die Union, die ihrem Wesen nach Massenorganisation ist — d. h. Sammelbecken aller vom konterrevolutionären Charakter der Gewerkschaften überzogenen Arbeiter, kann nur wachsen durch die Kraft ihrer eigenen Beispiele in den Massenbewegungen des Proletariats, oder sie verarrete sich selbst zu dem Schein- und Trübsden einer politischen Organisation — d. h. „partakustand“ Nr. 1.

Indem die AAU durch die Praxis einer revolutionären Klassenkampftaktik beweist, wie der Kampf für die Vorwärts-treibung der Revolution und die dazu notwendige Durchbrüche der imperialistischen Entwicklungsmuster zu bewerkstelligen wird, überzeuge sie die EL-Genossen am besten davon, daß für sie heute die organisatorische Bindung in der Union bereits zu einer politischen Selbstverständlichkeit geworden ist.

Achtung, Sprengkolonnen!

„Die Opposition ist tot! Die Einheit der Partei ist wieder hergestellt!“ So jubilierten die Pressevögel der KPD, und an deren Spitze das Zentralorgan, die „Rote Fahne“. „Abbruch mit der KAP“ und „Wiedervereinigung“ schreit ein Interdikt an jeder Versammlung der Entschiedenen Linken, revolutionäre Kommunisten innerhalb und außerhalb des KJVD, in der „Rote Fahne“ vom Sonntag, den 27. 2. 1927.

Wer hat aber gerechnet? Mit wem wurde abgerechnet? Auf diese Fragen kann keine andere Antwort kommen als: „Die revolutionäre Jungproletarier-Gruppe ab, mit den schließlichen oppositionellen Elementen der 3., 7. und 10. Zellengruppe des 3. Bezirks der KPD. Das revolutionäre Jungproletariat als „Wedding“ bewies, daß es nichts zu tun hat mit jener Kampfgemeinschaft der Arbeiter, die sich in der „Rote Fahne“ und in der „Opportunisten-Gruppe“ vereinigt hat. Die drei Zellengruppen der KPD, die diese Jugendversammlung mit ihrer Anwesenheit bedrückten, bildeten zusammen mit einigen Jugendlichen des KJVD, und der KJ, eine Sprengkolonne, die im voraus auf eine Sprengung der Versammlung abgesehen hatte; denn die Opposition soll doch tot sein.

Aber leider zelante dies: Sprengung nicht; denn die drei Zellengruppen mit dem Absichten der Internationale nach einer 19-stündigen Diskussionsrede des Dultzen dem Saal verließen, erhoß sich unter den in der Mehrzahl zurückgebliebenen Jugendlichen ein unheuerer Protest, der einigen KPD-Genossen der drei Zellengruppen an die Nieren ging, und die trotz tiefen, den Saal zu verlassen, bis zum Schluß der Versammlung.

Unter diesen Umständen konnten die Kommunisten in eines Krieges Deutschlands gegen die Entente die Lösung des Krieges nicht ablehnen, dritten keinen delatistischen „Entscheidene Linke“ beschreiben. Die Sprengkolonnen der EKS-Anhänger zeigen, daß es den EKS-Anhängern unmöglich ist, sich mit revolutionären Proletariats auszusprechen zu setzen.

Wer aber wollten die Klärung innerhalb des erwachsenen und jungen Proletariats, und werden sie vorwärts treiben, trotz Sprengkolonnen und Lügenberichte der „Rote Fahne“, denn mit uns die Wahrheit, mit uns der Sieg.

Mitteilungen

Wochenbeiträge.
In der 11. Woche (13. bis 19. März 1927) betragen die Beiträge 80 Pf. 1. — Mk. und 130 Mk. Arbeitslose 10 Pf.

Öffentlicher Diskussionsabend in Schöneberg.
Am Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr, im Lokal Schünemann, Sedanstr. 19-20. Thema: „Was geht in China vor?“ — Einlesen, macht rege Propaganda.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N. Druck: Druckerlei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Abgang 8, Nr. 12 1927

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. 1 Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Laustzstr. Platz 13

Preis 15 Pfennig

Die Demokratie mordet Arbeiter Die AAU. und ihr Kampf

(Thesen-Entwurf zur Reichskonferenz.)

Die bürgerliche Republik hat wieder mal ihr wahres Gesicht enthüllt. In Berlin ist am Dienstag, den 13. März, Proletariat erbötend. Die Demonstrationen, die der KPD, und RFB, wegen des Lichtenfelder Faschistenüberfalls aufgerufen hatten, sind von der Polizei fanfamißig attackiert worden. Die Ordnungsmänner des imperialistischen Innenministers Grzesinski ließen mit ihren Säbeln und Gummirollen brutal auf die Demonstranten ein und feuerten an einzelnen Stellen wie Bommläufer blindwütend in die Arbeitermasse. Auf der Ueberwiese richtete das Polizeikommando ein regelrechtes Blutbad an: 1 Toter sowie eine große Anzahl schwer- und Leichtverwundeter blieben als Opfer auf dem Platze. Auch in Charlottenburg gab es mehrere Verletzte.

Die neuesten „Heldentaten“ der Berliner Polizei gegen dem Proletariat grausam-gründlich, daß die kapitalistische Demokratie weiter nichts ist als letzter Faschismus unter schwarzrotgelber Flagge! Es ist ein toller Wahn, zu glauben, daß die Ordnungstruppe der Arbeiterpartei gegen Ueberfälle der Hakenkreuzbanditen in Schutz nimmt. Die Polizei des sozialdemokratischen Innenministers ist ein Glied der leibhaftigen Konterrevolution — trotz aller Versuche der KPD-Parlamentarier,

Die sozialpatriotische KPD.

die sie die rebellierenden sächsischen Proletarier mit einem Reichswaffenraub barbarisch in Schach hielt und die Hamburger Oktoberkämpfer wie räudige Hunde zusammenschloß, daß sie tausende revolutionäre Arbeiter in die Kerker warf und so in Wirklichkeit einen erbarmungslosen Klassenkrieg gegen das Proletariat führte!

Trotz dieser brutalen Unterdrückung und Auspöwerung der deutschen Arbeiterschaft mußte die KPD, 1923 für die „nationale Verteidigung“ sein, weil dies im Interesse NEP-Rußlands lag. — Im Ruhrkrieg unterstützte nämlich Rußland die deutsche Kapitalistenklasse durch das bekannte Mittelfahndnis (d. h. durch Manöverstiefelungen); die KPD, war deshalb nach Bucharins These verpflichtet, „diesem Blutzug zum Siege zu verhelfen“ und mußte darum mit der deutschen Bourgeoisie einen Bürgerkrieg (ohne den doch der „gerechte nationale Befreiungskampf“ zur nicht möglich ist) schließen! Einige Jahre früher, im Weltkrieg, hatte aber die deutsche Arbeiterschaft nach Lenins eigenen Erklärungen die Aufgabe, den Bürgerkrieg zu führen! Der Leninismus beweist sich also in folgendem widerspruchsvollen Kreislauf: Während eines imperialistischen Krieges muß das Proletariat für die Niederlage des eigenen Landes sein, — wenn dies aber da ist, dann muß es für die Unterstützung „seiner“ Bourgeoisie in ihrem Kampf um „nationale Befreiung“ sein, — und wenn die „unterochte“ Bourgeoisie durch diese proletarische Hilfe wieder Vertreterin einer gleichberechtigten Nation geworden ist, dann muß die Arbeiterklasse wieder die Landesverteidigung ablehnen, — am abermals dafür zu sein, wenn die Niederlage der eigenen Bourgeoisie wieder da ist usw.!

Der Weg des Leninismus führt also faktisch zur Verteidigung kapitalistischer Vaterländer durch die kein Vaterland besitzenden Proletarier und somit zum verbrüderlichen Sozialpatriotismus des 4. August 1914, er führt zur Belieferung der deutschen Reichswehr mit „Sowjet“-Munition, — der Weg des Leninismus führt von der Revolution zur Konterrevolution!

Welche dem Proletariat, wenn es auf Befehl der leninistischen Soldknechte der russischen NEP-Bourgeoisie diesen konterrevolutionären Weg der KPD, weiter zeigt!

Unter diesen Umständen konnten die Kommunisten in eines Krieges Deutschlands gegen die Entente die Lösung des Krieges nicht ablehnen, dritten keinen delatistischen „Entscheidene Linke“ beschreiben. Die Sprengkolonnen der EKS-Anhänger zeigen, daß es den EKS-Anhängern unmöglich ist, sich mit revolutionären Proletariats auszusprechen zu setzen.

Wer aber wollten die Klärung innerhalb des erwachsenen und jungen Proletariats, und werden sie vorwärts treiben, trotz Sprengkolonnen und Lügenberichte der „Rote Fahne“, denn mit uns die Wahrheit, mit uns der Sieg.

Die neuesten „Heldentaten“ der Berliner Polizei gegen dem Proletariat grausam-gründlich, daß die kapitalistische Demokratie weiter nichts ist als letzter Faschismus unter schwarzrotgelber Flagge! Es ist ein toller Wahn, zu glauben, daß die Ordnungstruppe der Arbeiterpartei gegen Ueberfälle der Hakenkreuzbanditen in Schutz nimmt. Die Polizei des sozialdemokratischen Innenministers ist ein Glied der leibhaftigen Konterrevolution — trotz aller Versuche der KPD-Parlamentarier,

die sie die rebellierenden sächsischen Proletarier mit einem Reichswaffenraub barbarisch in Schach hielt und die Hamburger Oktoberkämpfer wie räudige Hunde zusammenschloß, daß sie tausende revolutionäre Arbeiter in die Kerker warf und so in Wirklichkeit einen erbarmungslosen Klassenkrieg gegen das Proletariat führte!

Trotz dieser brutalen Unterdrückung und Auspöwerung der deutschen Arbeiterschaft mußte die KPD, 1923 für die „nationale Verteidigung“ sein, weil dies im Interesse NEP-Rußlands lag. — Im Ruhrkrieg unterstützte nämlich Rußland die deutsche Kapitalistenklasse durch das bekannte Mittelfahndnis (d. h. durch Manöverstiefelungen); die KPD, war deshalb nach Bucharins These verpflichtet, „diesem Blutzug zum Siege zu verhelfen“ und mußte darum mit der deutschen Bourgeoisie einen Bürgerkrieg (ohne den doch der „gerechte nationale Befreiungskampf“ zur nicht möglich ist) schließen! Einige Jahre früher, im Weltkrieg, hatte aber die deutsche Arbeiterschaft nach Lenins eigenen Erklärungen die Aufgabe, den Bürgerkrieg zu führen! Der Leninismus beweist sich also in folgendem widerspruchsvollen Kreislauf: Während eines imperialistischen Krieges muß das Proletariat für die Niederlage des eigenen Landes sein, — wenn dies aber da ist, dann muß es für die Unterstützung „seiner“ Bourgeoisie in ihrem Kampf um „nationale Befreiung“ sein, — und wenn die „unterochte“ Bourgeoisie durch diese proletarische Hilfe wieder Vertreterin einer gleichberechtigten Nation geworden ist, dann muß die Arbeiterklasse wieder die Landesverteidigung ablehnen, — am abermals dafür zu sein, wenn die Niederlage der eigenen Bourgeoisie wieder da ist usw.!

Der Weg des Leninismus führt also faktisch zur Verteidigung kapitalistischer Vaterländer durch die kein Vaterland besitzenden Proletarier und somit zum verbrüderlichen Sozialpatriotismus des 4. August 1914, er führt zur Belieferung der deutschen Reichswehr mit „Sowjet“-Munition, — der Weg des Leninismus führt von der Revolution zur Konterrevolution!

Welche dem Proletariat, wenn es auf Befehl der leninistischen Soldknechte der russischen NEP-Bourgeoisie diesen konterrevolutionären Weg der KPD, weiter zeigt!

Unter diesen Umständen konnten die Kommunisten in eines Krieges Deutschlands gegen die Entente die Lösung des Krieges nicht ablehnen, dritten keinen delatistischen „Entscheidene Linke“ beschreiben. Die Sprengkolonnen der EKS-Anhänger zeigen, daß es den EKS-Anhängern unmöglich ist, sich mit revolutionären Proletariats auszusprechen zu setzen.

Wer aber wollten die Klärung innerhalb des erwachsenen und jungen Proletariats, und werden sie vorwärts treiben, trotz Sprengkolonnen und Lügenberichte der „Rote Fahne“, denn mit uns die Wahrheit, mit uns der Sieg.

Die bürgerliche Republik hat wieder mal ihr wahres Gesicht enthüllt. In Berlin ist am Dienstag, den 13. März, Proletariat erbötend. Die Demonstrationen, die der KPD, und RFB, wegen des Lichtenfelder Faschistenüberfalls aufgerufen hatten, sind von der Polizei fanfamißig attackiert worden. Die Ordnungsmänner des imperialistischen Innenministers Grzesinski ließen mit ihren Säbeln und Gummirollen brutal auf die Demonstranten ein und feuerten an einzelnen Stellen wie Bommläufer blindwütend in die Arbeitermasse. Auf der Ueberwiese richtete das Polizeikommando ein regelrechtes Blutbad an: 1 Toter sowie eine große Anzahl schwer- und Leichtverwundeter blieben als Opfer auf dem Platze. Auch in Charlottenburg gab es mehrere Verletzte.

Die neuesten „Heldentaten“ der Berliner Polizei gegen dem Proletariat grausam-gründlich, daß die kapitalistische Demokratie weiter nichts ist als letzter Faschismus unter schwarzrotgelber Flagge! Es ist ein toller Wahn, zu glauben, daß die Ordnungstruppe der Arbeiterpartei gegen Ueberfälle der Hakenkreuzbanditen in Schutz nimmt. Die Polizei des sozialdemokratischen Innenministers ist ein Glied der leibhaftigen Konterrevolution — trotz aller Versuche der KPD-Parlamentarier,

die sie die rebellierenden sächsischen Proletarier mit einem Reichswaffenraub barbarisch in Schach hielt und die Hamburger Oktoberkämpfer wie räudige Hunde zusammenschloß, daß sie tausende revolutionäre Arbeiter in die Kerker warf und so in Wirklichkeit einen erbarmungslosen Klassenkrieg gegen das Proletariat führte!

Trotz dieser brutalen Unterdrückung und Auspöwerung der deutschen Arbeiterschaft mußte die KPD, 1923 für die „nationale Verteidigung“ sein, weil dies im Interesse NEP-Rußlands lag. — Im Ruhrkrieg unterstützte nämlich Rußland die deutsche Kapitalistenklasse durch das bekannte Mittelfahndnis (d. h. durch Manöverstiefelungen); die KPD, war deshalb nach Bucharins These verpflichtet, „diesem Blutzug zum Siege zu verhelfen“ und mußte darum mit der deutschen Bourgeoisie einen Bürgerkrieg (ohne den doch der „gerechte nationale Befreiungskampf“ zur nicht möglich ist) schließen! Einige Jahre früher, im Weltkrieg, hatte aber die deutsche Arbeiterschaft nach Lenins eigenen Erklärungen die Aufgabe, den Bürgerkrieg zu führen! Der Leninismus beweist sich also in folgendem widerspruchsvollen Kreislauf: Während eines imperialistischen Krieges muß das Proletariat für die Niederlage des eigenen Landes sein, — wenn dies aber da ist, dann muß es für die Unterstützung „seiner“ Bourgeoisie in ihrem Kampf um „nationale Befreiung“ sein, — und wenn die „unterochte“ Bourgeoisie durch diese proletarische Hilfe wieder Vertreterin einer gleichberechtigten Nation geworden ist, dann muß die Arbeiterklasse wieder die Landesverteidigung ablehnen, — am abermals dafür zu sein, wenn die Niederlage der eigenen Bourgeoisie wieder da ist usw.!

Der Weg des Leninismus führt also faktisch zur Verteidigung kapitalistischer Vaterländer durch die kein Vaterland besitzenden Proletarier und somit zum verbrüderlichen Sozialpatriotismus des 4. August 1914, er führt zur Belieferung der deutschen Reichswehr mit „Sowjet“-Munition, — der Weg des Leninismus führt von der Revolution zur Konterrevolution!

Welche dem Proletariat, wenn es auf Befehl der leninistischen Soldknechte der russischen NEP-Bourgeoisie diesen konterrevolutionären Weg der KPD, weiter zeigt!

Unter diesen Umständen konnten die Kommunisten in eines Krieges Deutschlands gegen die Entente die Lösung des Krieges nicht ablehnen, dritten keinen delatistischen „Entscheidene Linke“ beschreiben. Die Sprengkolonnen der EKS-Anhänger zeigen, daß es den EKS-Anhängern unmöglich ist, sich mit revolutionären Proletariats auszusprechen zu setzen.

Wer aber wollten die Klärung innerhalb des erwachsenen und jungen Proletariats, und werden sie vorwärts treiben, trotz Sprengkolonnen und Lügenberichte der „Rote Fahne“, denn mit uns die Wahrheit, mit uns der Sieg.

AAU, GroB-Berlin.
Freitag, den 1. April, abends 7.30 Uhr, in den Concordia-Sälen, Andrasstr. 64:
Allgemeine Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
Die VIII. Reichskonferenz der Union.
(Ausschluß der Diskussion, Delegiertenwahl usw.)
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Berliner Arbeitsausschuß.